



Regierungsratsbeschluss vom 20. Juni 2023

Kantonale Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt"

P220980

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die bereits laufende Weiterentwicklung und der Ausbau der öffentlichen Musikförderung der Interessenvielfalt und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt. Die Wirkung der im Rahmen der Erneuerung der Kulturpartnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft per 2022 und der zur Umsetzung der «Trinkgeld-Initiative» in den Jahren 2023–2024 eingeleiteten Massnahmen soll abgewartet werden, bevor weitere Reorganisationen diskutiert werden. Eine weitere Erhöhung des Kulturbudgets in diesem Zusammenhang lehnt der Regierungsrat ab. Er ist der Ansicht, dass die Auswirkungen der erst kürzlich erhöhten Beiträge und der noch zu erfolgenden politischen Beschlüsse abgewartet werden sollen, bevor über weitere Massnahmen entschieden wird. Eine Umverteilung der Mittel innerhalb des ordentlichen, von der Abteilung Kultur verwalteten Budgets (Kürzung der Betriebsbeiträge an Institutionen) hält der Regierungsrat für kulturpolitisch nicht vertretbar. Die geförderten Institutionen sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für viele Kulturschaffende. Eine Kürzung der Staatsbeiträge würde die Stabilität von für die Kulturstadt Basel identitätsstiftenden Kulturinstitutionen gefährden, zu Entlassungen von festangestelltem Personal und zur Reduktion von Aufträgen und Auftrittsmöglichkeiten für Musikerinnen und Musiker führen.

